Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 1.60 Mark, vierteljährlich 4.80 Mark, durch die Post 4.50 Mark ausschließl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernruf der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Zweiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 7gespalt. 38 mm br. Kolonelzeile oder deren Raum mit 40 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm breite Zeile 1.25 Mk. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abends 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 552. Halle, Montag, den 25. November. 1918.

Ein großer Tag in Berlin.

Die Besprechungen der einzelstaatlichen Vertreter mit der Reichsleitung in Berlin. — Fortdauer der Tagung. Die Gefährdung der Großberliner Kohlenversorgung durch den Streik in den oberschlesischen Kohlengruben.

Die Erhaltung des Reichs.

Ebert leitete die Verhandlungen ein.

Berlin, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Im Sitzungssaale des Reichshauses fand heute vormittag 10 Uhr Vertreter aller bundesstaatlichen Volkregierungen zu Beratungen von höchster politischer Bedeutung zusammengetreten. Es galt dem Ziele, Klärung und Ordnung in die innere und äußere Lage des Deutschen Reichs zu bringen. Erste Voraussetzung für die Erreichung dieses Zieles ist die Schaffung völkerrechtlich anerkannter Grundlagen für die gegenwärtige tatsächliche Reichsleitung durch das Votum der schleunigst einzuberufenden Nationalversammlung bei gleichzeitiger schleuniger Ausarbeitung einer neuen Reichsverfassung, ebenfalls durch die Nationalversammlung. Anwesend sind Vertreter der folgenden Bundesregierungen: Preußen, Bayern, Baden, Hessen, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Weimar, Mecklenburg-Strelitz, Oldenburg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen, Altenburg, Anhalt, Schwarzburg-Rudolstadt, Sondershausen und Waldeck, Reuß ältere und jüngere Linie, Lippe und Lippe-Detmold, Bremen und Hamburg, sowie Schleswig-Holstein. Die Beratung wird ausgehen von eingehenden Berichten und Vorschlägen der Delegiertenkreise über die gesamte politische, wirtschaftliche und militärische Lage und wird sich dementsprechend um die beiden großen Themen Nationalversammlung und Erhaltung des Reichs drehen.

Bei dem Umfang des Beratungsblocks ist gegenwärtig anzunehmen, daß die Verhandlungen vielleicht noch den morgigen Tag fordern werden. Ueber die Notwendigkeit, die Nationalversammlung einzuberufen, herrscht unter den beteiligten Regierungen beinahe Einmütigkeit. Den Vorsitz führte Volksbeauftragter Ebert. Er leitete die Verhandlungen ein, indem er die gewaltigen Schwierigkeiten im Transport-, Ernährungs- und Kohlenversorgungswesen darlegte. Um Reform und Ordnung durchzuführen sei die innigste Zusammenarbeit mit allen Bundesstaaten nötig. Ueber die Zusammenarbeit entscheide erst die Nationalversammlung, deren Wahlgeschäft schon morgen im Kabinett zur Beratung gestellt wird. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung müsse ein Provisorium geschaffen werden, das in der heutigen Aussprache beschlossen werden soll.

Zusammentritt bayerischer Soldatenräte.

München, 25. Nov. (Priv.-Tel.) Die bayrischen Soldatenräte treten kommende Woche zu einer Beratung in München zusammen, um gegen die Berliner Zentralinstanz als Exekutive der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte Stellung zu nehmen und wichtige Beschlüsse über den Zusammenschluß der süddeutschen Demokratien zu fassen. Auch die Frage des Friedens für Süddeutschland soll zur Besprechung kommen.

Die Arbeitsniederlegungen in Oberschlesien.

Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die Arbeitsniederlegungen im oberschlesischen Kohlengebiet sowie die geringe Kohlenzufuhr aus Rheinland und Westfalen gefährden die Versorgung Groß-Berlins mit Steinkohlen ernstlich. Diese bedauerliche Tatsache zwingt die Kohlenstelle Groß-Berlin im Einvernehmen mit allen maßgebenden Stellen zu neuen Maßnahmen zur Einschränkung des Gas- und Elektrizitätsverbrauchs, die in das gesamte Berlinerleben eingreift. Handelt es sich doch darum, zunächst noch für 14 Tage vorhandene Steinkohlenbestände soweit wie möglich zu strecken. Im Zusammenhang sind Beratungen der Behörden über die erforderlichen Maßnahmen statt. Insbesondere dürften erhebliche Einschränkungen der Straßenbeleuchtung die Einführung von Gasversuchen, eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit der Industrien und endlich die Einführung einer früheren Polizeistunde unerläßlich sein.

Die japanischen Forderungen auf der Friedenskonferenz.

Rotterdam, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In diplomatischen Kreisen in Washington verlautet, daß die japanischen Friedensdelegierten sieben grundlegende Klauseln vorlegen werden. 1. Uebereinstimmung mit Englands Ansicht über die Freiheit der Meere. 2. Im Prinzip mit den Plänen der Verbündeten zum Schutze kleiner Nationen einverstanden. 3. Anerkennung von Deutschlands Handels-, finanzieller und industrieller Einflußsphäre in China (?). 5. Dauernde Besetzung von Kiaoschau, Protektorat über die Marschall-Inseln, Karolinen- und andere deutsche Inseln im Stillen Ozean (überhaupt Flottenstützpunkt gegen Amerika). 7. Auf Gegenseitigkeit beruhende Gleichberechtigung der japanischen Bürger in der ganzen Welt.

Mißtrauen der Franzosen.

Genf, 25. Nov. (Priv.-Tel.) Der „Temps" vertritt in seiner letzten Nummer die rücksichtslose Ablehnung aller von deutscher Seite gestellten Anträge auf Erleichterung oder Verlängerung des Waffenstillstandes. Das Blatt berechnet, daß Deutschland noch über Nahrungsmittel bis zum Frühjahr verfügt und daß es den Machthabern in Berlin offenbar darauf ankomme, neue Vorräte anzusammeln, um für das Frühjahr die Armee wiederum schlagfertig zu machen. „Wenn man Frieden haben wolle, müsse man die führenden Männer Deutschlands, die unter jedem Regime dieselben bleiben, unbedingt dämpfen.

Für die Oeffentlichkeit der Friedensverhandlungen.

Genf, 25. Nov. (Priv.-Tel.) In der „Humanité" tritt der Deputierte Cachin für uneingeschränkte Oeffentlichkeit der Friedensverhandlungen ein. Er versichert, daß Wilson, den nordamerikanischen Gewerkschaftsverbänden eine Vertretung in der Friedensdelegation zugesichert hat und fragt die französische Regierung, ob diese dasselbe tun wolle.

Die 3. Armee in Koblenz.

Koblenz, 25. Nov. (Priv.-Tel.) Die ersten Teile der heimkehrenden 3. Armee sind am Sonntag in Koblenz eingetroffen. Die Truppen marschierten unter Führung von Generalmajor von Schöler in musterhafter Ordnung und Haltung vorbei.

Wo besteht ein Militarismus?

St. Gallen, 25. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In den Sonntagsblättern der Schweizer Zeitungen verurteilt man die Hartnäckigkeit Fochs, der sich nicht zu der geringsten Milderung der Waffenstillstandsbedingungen habe herbeilassen lassen. So schreibt das Tageblatt: Der letzte Notschrei der Waffenstillstandskommission gegen die allzuweit gehenden Forderungen der militärischen Leiter der Entente läßt auch die Neutralen erkennen, wo der Militarismus heute noch in die Erscheinung tritt und die große Gefahr für den Frieden der Welt bedeutet.

Der englische Vormarsch.

Bern, 25. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Havas meldet aus London den weiteren Vormarsch der 2. und 4. englischen Armee gegen die deutsche Grenze. Die Bewegungen vollziehen sich ohne irgendwelche Zwischenfälle. Namur wurde von den Briten besetzt. Die englische Kavallerie passierte das Schlachtfeld von Waterloo. Die Deutschen haben sich überall auf die deutsche Grenze zurückgezogen.

Frankreichs Sorge vor der Revolution.

Zürich, 25. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Die „Morgenzeitung" meldet: Die Grenzübergänge zwischen Frankreich und der Schweiz sind von den Franzosen mit starken Truppenabteilungen besetzt, um Frankreich vor einer Organisation der revolutionären Propaganda von der Schweiz aus sicher abzuschließen.

Die katholische Kirche unter Zwang im Elsaß

St. Gallen, 25. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) Das „St. Galler Tageblatt" erfährt von der elsässischen Grenze: Die Franzosen setzen zur Wiederherstellung der französischen Departements neue Zivilverwaltungen ein. Die Frage der kirchlichen Würdenträger wird Gegenstand einer Vereinbarung mit dem Vatikan werden. Der Bischof von Metz und der Bischof von Straßburg, die Deutsche sind, werden gezwungen, nach Deutschland heimzukehren und müssen französischen oder elsässischen Prälaten Platz machen.

Besetzung Berlins!

Die Pariser sozialistische Presse, besonders „Humanité" und „Populaire" bekämpfen, wie es in verschiedenen Blättern heißt, die neue von London ausgehende Propaganda gegen die Aufrüstung. Der Sieg sei derart groß gewesen, daß die Garantie entgegen Wilsons Absichten, eine größere Ausrüstung verhindern könnte. Auch von der Besetzung Berlins spreche man, weil dies zum Beginn einer großen Expedition gegen Rußland notwendig erscheine.

Shylock Foch.

„Ich will den Schein, nichts gegen meinen Schein!" meint Shylock in Shakespeares „Kaufmann von Venedig" zu Antonio. Und nach einem kurzen weiteren Verhandeln spricht er: „Ich will den Schein, ich will nicht reden hören, ich will den Schein, und also sprich nicht mehr." Foch, der Generalissimus Frankreichs, hat an diesem Shylock des britischen Dichters sein lehrres Vorbild gefunden, dem er in peinlicher Sorgfalt nachstrebt. Auch Frankreichs Shylock spricht immer nur: „Ich will den Schein!" Und nachdem ihm die Gründe der Menschlichkeit, die gegen ihn und sein Verhalten angeführt werden, auf die Nerven fallen, wandelt er weiter auf den Spuren seines Vorbildes und lehnt jedes Anhören von berechtigten und begründeten Einwänden ab.

Seit dem unglücklichen Tage, an dem die deutsche Kommission mit Erzberger — der einst glaubte, in zwei Stunden den Frieden zu erreichen und der jetzt stündlich die bittersten, qualvollsten Enttäuschungen erlebt — an der Spitze den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnete, haben Volk und Regierung nicht aufgehört, die brutale Unmenschlichkeit der Deutschland auferlegten Bedingungen zu schildern. Aus Süd- und Norddeutschland jagten die Funksprüche einander, die in die Welt hinausgingen, um an die Gefühle der Nächstenliebe zu appellieren. Oftmals wurde Wilson um Hilfe und Einsicht eingegangen; es half nichts. Der allmächtige Mann im Weißen Hause schien mit einem Male schwerhörig geworden zu sein und es macht den Eindruck, als ob er präzisch jeden Einfluß auf die europäischen Machthaber der Entente verloren hat. Foch kann ungestört seines Henkeramtes walten! Denn auch die Hilferufe, die an die feindlichen Völker, an die „Proletarier aller Länder" gesandt wurden, verhallten ungehört. Das proletarische Gemeinsamkeitsgefühl scheint erschlagen und begraben zu sein; es gibt anscheinend keine Internationale mehr. Während bei uns die Gedanken der Demokratie und Menschenliebe gesiegt haben, ist erbärmlichster Chauvinismus bei unseren Feinden oberstes Prinzip. In England und Frankreich rühren sich die Völker nicht, um einen Beweis dafür zu erbringen, daß sie den Vernichtungswillen ihrer Machthaber nicht billigen. An dieser Beurteilung ändert auch nichts die Tatsache, daß die eine oder andere sozialistische Gruppe eine papierne Resolution gegen die Pariser oder Londoner Regierung beschließt. Besonders das französische Volk ist von dem Siegestaumel erfaßt, der bis zur Bestimmungslosigkeit führt und der von jeher erstes Merkmal der Franzosen war. Jedenfalls denkt heute die Masse des Volkes jenseits der Frontlinie nicht im geringsten an eine revolutionäre Bewegung zum Sturze unmenschlicher Machthaber. Aber je nach dieser Richtung Hoffnungen gehabt hat, sieht sich gründlich enttäuscht. Und wenn erst auf Grund des Waffenstillstandsvertrages der Rhein nicht mehr Deutschlands Strom ist, sondern Deutschlands Grenze, dann wird der Chauvinismus so hoch gehen, daß man jede Brutalität als heldenhafte Ruhmestat besjubeln wird. Shylock Foch kennt sein Volk. Er weiß, daß es ihn nicht zur Mäßigung und zum Handeln nach den ehernen Grundsätzen der Menschlichkeit anhalten wird, wenn der Generalissimus Frankreichs nur den welschen Durst nach billigen Lorbeeren stillt.

Humanität, Rechtsfriede, Völkerbund und so manches andere sind Begriffe, die der chauvinistische Machtwille der feindlichen Staatslenker hinweggeschwemmt hat. Sie hatten für die Feinde Deutschlands nur so lange einen Wert, wie unsere Heere noch tatkräftig und unzerrissen deutsche Gebiete auf fremdem Boden schützten. Autokratie und Militarismus sind in Deutschland nicht mehr zu finden, um so mehr sind die feindlichen Länder danach beherrscht. Haß, kalter, grausamer Haß diktiert die Entschlüsse der Feinde Deutschlands. Die Freiheit, die sich innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle siegreich Bahn brach, ist unbekannt in jenen Ländern, die einst vorgaben, das deutsche Volk von der Militärkaste befreien zu wollen. So darf Foch das deutsche Volk in einen Zustand der Anarchie und zum Hungertode treiben. Was ein vierjähriger harter Krieg nicht vermochte, soll jetzt anscheinend noch erreicht werden, obwohl schon Wochen ins Land gegangen sind, seitdem die Menschheit aufatmend sagte: „Die Waffen ruhn, des Krieges Stürme schweigen!" Deutsche Frauen und Kinder sollen dem Hungertode preisgegeben werden, am französischen Rachedurste recht gründlich Genüge zu tun. Obwohl Foch anerkannt hat, daß die Waffenstillstandsbedingungen undurchführbar sind, verlangt er ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181125028/fragment/page=0001

neuerte Einhaltung der Räumungsfristen, aber auch Einhaltung der Ablieferung der Transportmittel. Daß er dabei ein ganzes Volk zur Anarchie und zum Hungertode treibt, ist ihm gleichgültig; denn: Ich besteh' auf meinen Schein! Ein Frieden des Rechts kann bei einem solchen Standpunkte nicht erreicht werden. Bei einem derart brutalen Auftreten kann es immer nur zu einem Gewaltfrieden kommen, nach dessen Abschließung sich weite Teile der Bevölkerung von der Stunde an sehnen werden, wo die Tinte unter dem Friedensvertrage trocken geworden ist. Das sollte auch der Ententeleitung nicht aus den Augen verlieren.

C. H.

Eine katastrophale Niederlage der Unabhängigen in Dresden.

Am Sonnabend und Sonntag fanden in Dresden Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat statt. Bisher liegt nur das Ergebnis der Soldatenwahlen vor. Es ist ganz unverkennbar zugunsten der alten sozialdemokratischen Parteiausgefallen. Von den bekannten Führern der Unabhängigen ist von den Soldaten nicht ein einziger gewählt worden. Das Ergebnis der Wahlen zum Arbeiterrat kann erst im Laufe des Montags erwartet werden, doch versichern Kenner der Verhältnisse, daß auch diese Wahlen ein unzweideutiges Bekenntnis der Arbeiterschaft und der kleineren Beamten für die Mehrheitssozialisten und gegen die Unabhängigen ergeben werden.

In später Nachtstunde wird das vorläufige Wahlergebnis bekannt. Es lautet über 84 000 Stimmen auf die Liste der alten Sozialdemokratie und nur etwas über 5000 Stimmen auf die Liste der Unabhängigen. Die alte Sozialdemokratie erhielten demnach 47 Vertreter, die Unabhängigen nur 3 im Arbeiterrat. Alles in allem ein katastrophaler Ausgang für die Unabhängigen.

Die heutigen Verhandlungen in Berlin

Berlin, 25. Nov. Heute wird, wie die „Deutsche Allgem. Ztg." schreibt, das Reich zum erstenmal wieder in sichtbare Erscheinung treten. Die Einladung der Reichsregierung vereint die Vertreter der deutschen Freistaaten im Kongreßsaal des Reichskanzler-Palais, um, wie der Reichspräsident Ebert an den hessischen Ministerpräsidenten telegraphierte, zum Ausdruck zu bringen, daß sie weit davon entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiedererrichtung des Reiches Wert legt. Meinungsverschiedenheiten sind nicht zu erwarten, aber in solchen liegt auch nicht der Wert der freiständischen Konferenz, die vor allem die Aufgabe hat, den Zusammengehörigkeitswillen der Deutschen zu dokumentieren in dem Augenblick, wo der Zerstückelungswille unseres Gegners so überwältigt ist, daß die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zweifelhaft geworden ist. Daß die Nationalversammlung, das vornehmste Mittel zur Reichsregierung, wie Ebert sagt, an erster Stelle der Erörterungen stehen wird, ist sicher. Ebenso ist eine Erörterung der terroristischen Erscheinungen zu erwarten. Aber auch Ernährungs- und Transport-Probleme, Demobilisation und sonstige Lebensfragen für ganz Deutschland werden eingehend zu behandeln sein. Die Regierung dazu werden Referate bilden, die von den Reichs-Staatssekretären am Vormittage zu erstatten sind.

Für die Nationalversammlung.

Bremen, 24. Nov. Eine von 107 stimmberechtigten Delegierten der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräte Nordwestdeutschlands besuchte Versammlung, die heute in Bremen tagte, um vor allen Dingen zu der Frage der Nationalversammlung Stellung zu nehmen, sprach sich mit 81 gegen 20 Stimmen prinzipiell für eine Nationalversammlung aus. Es wurde dann mit großer Stimmenmehrheit eine Entschließung angenommen, nach der sich die Versammlung auf den Standpunkt der sozialen Republik stellt, nach Abschluß der Demobilmachung baldigst die Nationalversammlung gefordert und für die Zwischenzeit ein Provisorium in der Regierung verlangt wird, über das ein außerordentlicher Delegiertentag der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands und Deutsch-Oesterreichs entscheiden soll.

Militärische Gegenrevolution?

Holländisch Nieuwsbureau berichtet aus dem Haag: Holländische Blätter melden aus Aachen: Der Oberkommandierende der nach Aachen zurückgekehrten 1. Armee, General Sixt v. Arnim, hat einen Erlaß erlassen, daß

alle roten Fahnen von den Dächern verschwinden müssen.

Der Arbeiter- und Soldatenrat weigerte sich, dem Befehle Folge zu leisten. Ein deutscher Offizier aus dem Gefolge des Generals erklärte in einer öffentlichen Rede, daß die deutsche Heimat die im Felde kämpfenden Armeen verraten habe. Er sehe es als die Aufgabe der bürgerlichen Parteien an, sich nicht mit den hiesigen Arbeiter- und Soldatenräten zu vereinigen, sondern danach zu streben,

die Revolution zu vernichten.

Die Arbeiter- und Soldatenräte müßten davongejagt werden, um die Ordnung des alten Deutschen Reichs wiederherzustellen. Die fürchterliche Desorganisation sei das Kennzeichen aller bisherigen Handlungen der Arbeiter- und Soldatenräte. Es wäre ihre Aufgabe gewesen, die Beziehungen zwischen Soldaten und Offizieren wiederherzustellen, aber nicht Politik zu treiben. Verschiedene Vertreter der bürgerlichen Parteien begrüßten die Rede des Offiziers, der später noch hinzufügte, daß das deutsche Offizierkorps sich nur unter dem Drucke dringender Umstände,

nicht aber mit Herz und Seele

für in den Dienst der Arbeiter- und Soldatenräte gestellt hätte. Dieser Geist werde erwachen, wenn die deutschen Armeen wieder zurückgekehrt seien. Der Offizier wurde von dem Arbeiter- und Soldatenrate verhaftet, später aber auf Intervention des Oberkommandanten und Generalstabschefs der Domsche Kaufmann wieder freigelassen. Nach in anderen Städten des Inlandes sollen ähnliche Reden öffentlich und geheim gehalten worden sein. Die Arbeiter- und Soldatenräte bemühen sich, der Bewegung Herr zu werden.

Der „Vorwärts" bemerkt hierzu: Der General Sixt von Arnim wird sich noch wundern, welche Wirkungen sein und seiner Offiziere tolles Treiben im Reiche auslösen wird. Federleicht soll er heute schon wissen, daß jeder Versuch, das militärische Kaiserreich wieder aufzurichten, auf den einzigen Widerstand aller Sozialisten stoßen wird, daß er aber bereit sind, gegen die Wiederkehr des alten in Blut und Schmutz zusammengebrochenen Systems bis aufs letzte zu kämpfen.

Diesem Kampfe können wir in aller Ruhe entgegensehen, wenn nur dabei niemand in den Rücken fällt. Wer Unruhe in die Reihen der Arbeiter und Soldaten sät, arbeitet für Sixt v. Arnim.

Die Republik wird aber gegen verwerfliche Anschläge erst dann gesichert sein, wenn sich die Mehrheit des deutschen Volkes in geregelter Abstimmung für die ausschließlich Herrschaft des Sozialismus wir, daß jeder Angriff von links auf das demokratische Prinzip, jeder einzelne Mißbrauch der Reden unter unseren Fahnen unterstützt und der Gegenrevolution zugute kommt. Wollen wir die Gegenrevolution lebendig so müssen wir Dummheiten vermeiden und Sympathien für unsere Sache in den weitesten Kreisen des werktätigen Volkes wecken. Dann können wir der Zukunft getrost entgegensehen — aber auch nur dann!

Der Rückmarsch des Ostheeres.

An der Front im Osten stehen noch etwa eine halbe Million deutscher Männer.

Nun bringt der Frieden dem Osteer große Gefahr, die in ihrer ganzen Größe noch nicht zu übersehen ist, wenn nicht schnell alle geeigneten Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Eine Abordnung des Soldatenrats der 10. Armee hat gestern die maßgebenden Stellen der Regierung besucht und ihnen die Lage des Ostheeres geschildert. Darin heißt es u. a.:

Das weite Land ist ohne Verkehrsstraßen; auf schlechten, russischen Landwegen, in Eis und Schnee und schlimmer noch im Schneeschlamm müssen die Truppen viele, viele Kilometer weit marschieren, um eine Bahnlinie zu erreichen. An den Eisenbahnknotenpunkten Baranowitschi, Molodetchno und Dünaburg stauen sich Transporte russischer Kriegsgefangener, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Schon jetzt sind von ihnen Plünderungsversuche gegenüber den Proviantämtern im Werk gesetzt worden und mit jedem Tag wächst die Gefahr, daß die übergroße Welle der zurückflutenden Kriegsgefangenen dort unseren rückkehrenden Truppen den Weg verbarrikadiert.

Die Soldatenräte der 10. Armee bitten deshalb im Interesse ihrer Kameraden und des ganzen Ostheeres, daß nicht mehr russische Kriegsgefangene heimbefördert werden, als dort Nahrungs- und Transportmöglichkeiten finden. Kein Wachmann darf jetzt seinen Posten verlassen! Keiner darf einen Russen entweichen lassen!

Die Verluste des amerikanischen Heeres

Washington, 23. Nov. (Reuter.) General March teilte mit, daß die Gesamtverluste des amerikanischen Heeres bei Unterbrechung des Waffenstillstandes 53 169 Tote, 179 625 Verwundete und 3323 Gefangene und Vermißte betrugen. Die Amerikaner nahmen 41 000 Deutsche gefangen und erbeuteten 1460 Geschütze. Merch stiete hinzu, die Verluste der amerikanischen Truppen in Nordrußland seien nicht schwer, und die Verluste über die dortige Lage seien erminimend. March teilte noch mit, daß Koblenz als Ziel des amerikanischen Vormarsches bestimmt sei.

Die englische Flotte nach Kiel.

London, 24. Nov. „Sunday Times" schreibt: In Marinekreisen erzählt man, Schiffe der Hochseeflotte und eine Zerstörerflotille würden im Laufe der Woche nach Kiel und Wilhelmshaven kommen, um sich zu vergewissern, daß die Abrüstung der deutschen Schiffe auf die vereinbarte Weise vor sich gehe. Admiral Browning solle das Kommando haben und von je einem französischen, italienischen und amerikanischen Admiral begleitet sein. Admiral Beatty solle von den Deutschen ein anderes Schlachtschiff und einen anderen Zerstörer verlangt haben, damit die von den Waffenstillstandsbedingungen festgesetzte Zahl erreicht werde.

Aus der demokratischen Bewegung.

Am Freitag abend sprach in Eisleben Carl Delius in einer Versammlung, zu der mehr als 1000 Personen erschienen waren. In der Diskussion sprachen zwar annähernd der Mehrheitssozialisten und zwei Unabhängige. Der lebhafte Beifall, der dem Redner insbesondere nach seinem Schlußworte bezeugt wurde, zeigte, daß die überwiegende Mehrheit

Urkunden über den Ursprung des Krieges.

Die Note an Serbien. — Man war sich klar darüber, daß Serbien die gestellten Forderungen nicht annehmen konnte! — Die Gefahr des Krieges mit Rußland. — Die Erwartungen des preußischen Generalstabes für den Krieg mit Frankreich.

München, 23. November (Korrespond. Hoffmann.) (Amtlich.) Der bayerische Ministerpräsident und Minister des Aeußern hat vor kurzem bei der Regierung den Antrag gestellt, die Akten über den Kriegsausbruch zu veröffentlichen. Diese Anregung war durch die Einsicht veranlaßt, daß

nur durch die volle Wahrheit

jenes Vertrauensverhältnis zwischen den Völkern hergestellt werden könnte, das Voraussetzung für einen Frieden der Völkerversöhnung ist. Der bayerische Ministerpräsident wird seinerseits das nicht sein, aus den diplomatischen Urkunden des bayerischen Ministeriums ausführende Beiträge zur Vorgeschichte des Weltkrieges zu veröffentlichen. Vorerst seien aus den Berliner Gesandtschaftsberichten des Grafen Lerchenfeld die einzelnen Ereignisse mitgeteilt:

In einem Bericht vom 18. 7. 1914 hat der bayerische Gesandte in Berlin, Graf Lerchenfeld, die Beziehungen erörtert, die zwischen der Berliner Regierung und dem Wiener Ultimatum Oesterreichs an Serbien bestehen. Es heißt in diesem Bericht:

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Balkan- und Dreibundreferenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschafterrat dahin hatte, deutete ich mich zu berichten: Der Schritt, den

das Wiener Kabinett

sich entschlossen hat, in Belgrad zu unternehmen und der in der Ueberreichung einer Note bestehen wird, wird am 23. ds. Mts. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise des Herrn Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um nicht den Zweckzusammenhang einer Verständigung über eine Demonstration zu erschüttern. Bis dahin nicht man sich in Wien durch die gleichzeitige Beurlaubung des Kriegsministers und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung, und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorging, wird hier anerkannt; und man bedauert nur, daß Graf Tisza, der grundsätzlich gegen ein schärferes Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im Abgeordnetenhause den Schärfere etwas geschadet hat. Was mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

1. Einen Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien in der ausgesprochen wird, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung allständig fernsteht und sie nicht billige. 2. Die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mitschuldigen an der Mordtat von Serajevo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung. 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 48 Stunden gestellt werden. Daß Serbien derartige mit seiner Würde als unabhängiger Staat unvereinbare Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus darüber einverstanden, daß Oesterreich die günstige Stunde nützt, selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu entschließen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft.

Der Unterstaatssekretär führte sich dahin, daß Oesterreichs Ungarn dank seiner Entschlußfähigkeit und Zerstörtheit jetzt eigentlich

der kranke Mann in Europa

geworden sei, wie früher die Türkei, auf deren Aufteilung Rußland, Italien, Rumänien, Serbien und Montenegro warten. Ein starkes und energisches Einschreiten gegen Serbien würde dem führen, daß die Oesterreicher und Ungarn sich wieder als kräftige Macht fühlen, wieder das treibende Element bei den Balkanvölkern und die treuenden Nationalitäten auf Rahes hinzuhalten. Bei der Gesinnung die heute in der ganzen Monarchie über die Mißtat herrscht, könne man nicht auch der Kroaten, Tschechen und Polen sicher sein. In einigen Wochen sei dies für den Fortbestehen des Habsburg-Reiches geschehen, wie General Konrad von Hötzendorf persönlich versichert habe, nicht mehr der Fall.

„Man ist also hier der Ansicht, daß es sich

für Oesterreich um eine Schicksalsstunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wir mit ihm vorgehen, ja man sich hier entschlossen einverstanden seien, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Blankovollmacht, die man den Kabinettschef des Grafen Berchtold, dem Grafen Hoyos, gab, der zur Uebergabe eines Allerhöchsten Handschreibens und eines ausführlichen Memorials hierher gekommen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen

Aufnahme in den Dreibund

zu verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer ängstlichen und unentschlossenen Stellen Wiens gar unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Vorsicht und Zurückhaltung gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankte beweise der Umstand, daß Graf Berchtold drei Tage, nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien Anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien zu verhandeln.

Man hätte es daher lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde und die serbische Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Genugtuung anzubieten.

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling noch erörtert die diplomatische Aktion Deutschlands verlautet. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser sich auf der Nordlandreise und der Chef des Großen Generalstabes, sowie der preußische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Oesterreichs gegenüber Serbien überrascht worden zu sein, wie die anderen Mächte.

Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten der Mächte allerlei Vermutungen angestellt. Es heißt da:

„Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl

England und Frankreich,

deren ein Krieg zurzeit kaum erwünscht wäre, auf Rußland im friedlichen Sinne einwirken werden. Außerdem hatte er darauf, daß das „Blaffen" eines bekannten Exponenten der russischen Politik bitter und der Russe zwar gegen mit dem Schwanz bröle, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere ziehe."

Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen dem Zweibund und dem Dreibund England in jetziger Zeit schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Käme es freilich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vettern würden wie auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinke und damit

das europäische Gleichgewicht gestört wäre.

Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschafterrat Prinz Lichnowsky in Wien schon vor einigen Tagen bei Oesterreich die Frage der Entschädigung Serbiens durch Abtretung des südlichen Teiles erörtert hatte. (Also schon damals.) In einem Telephonat der bayerischen Gesandtschaft vom 31. Juli 1914 teilt mit die Uebersendung ausgesprochen, daß die vergeblichen redlichen Bemühungen Greys für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Ernst der Lage nicht ausbauen werden.

Am gleichen Tage wurde aus München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Telegramm telegraphiert: Es sollen zurzeit zwei Ultimatien: Rußland 12 Stunden, Frankreich 18 Stunden. Deutsches Ultimatum wegen Grund der Mobilisierung, Rußlands Antwort ob neutral bleibe. Beide werden telefonisch abgewartet werden. Mobilisierung spätestens Sonntag, den 1. August, am Mittwoch.

Preußischer Generalstab sieht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen. Nachzal damit.

Frankreich in vier Wochen

niederwerfen zu können. In französischen Heer kein guter Geist. Wenig Stellungnahme und leichteres Gewehr.

In einem Bericht vom 4. August 1914, aus den übrigens hervorgeht, daß die Aktion sich schon damals vergeblich bemüht, sich Deutschland anzuschließen und zu mobilisieren, wird über Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstabschef hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Niederlage Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Nordfranzose gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19181125028/fragment/page=0002